

Fuldaer Zeitung

Gegründet 1874

Ausgabe vom 19. Mai 2021

Krisencocktail und Welle der Gewalt

Stefan Reith

analysiert die angespannte Lage in Kolumbien, die von Gewaltexzessen, Plünderungen und einer landesweiten Protestwelle geprägt ist.

Ende April begann in Kolumbien eine landesweite Protestwelle, die sich vordergründig gegen die Steuerreform der rechtskonservativen Regierung richtete, deren Ursachen aber viel tiefer liegen. Die Pandemie hat neben 80 000 Toten und einer Überlastung des Gesundheitssystems zu einer verheerenden Sozial- und Wirtschaftskrise geführt. Die Armutszahlen explodierten. Heute leben 43 Prozent der 50 Millionen Kolumbianer unter der Armutsgrenze, die bei einem Monatseinkommen von ungefähr 70 Euro liegt. Für eine zusätzliche Belastung des Sozial- und Gesundheitssystems sorgen fast zwei Millionen Flüchtlinge aus Venezuela. Und trotz des 2016 geschlossenen Friedensabkommens mit der Farc-Guerilla kann der Staat die öffentliche Sicherheit nicht überall garantieren. Teile des Landes werden weiterhin von Farc-Dissidenten, der ELN-Guerilla, Drogenkartellen oder kriminellen Banden kontrolliert.

Die lange Konfliktgeschichte des Landes erklärt auch, warum die größtenteils friedlichen Proteste immer wieder von Gewalt und Chaos überschattet werden. Die Zwischenbilanz der Gewalteskalation zwischen staatlichen Sicherheitskräften und Protestteilnehmern ist erschütternd. Lokale Menschenrechtsorganisationen zählen bereits Dutzende von Toten



Der Gastautor (Jahrgang 1978) stammt aus Neuhoftiefengruben und leitet seit 2020 das Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Bogotá, Kolumbien.

und Hunderte von verletzten Zivilisten infolge exzessiver Polizeigewalt. Vertreter der internationalen Gemeinschaft verurteilten das harte Vorgehen der Sicherheitskräfte und forderten Aufklärung sowie ein Ende der Gewalt. Internationale Medien transportierten das einseitige Bild eines repressiven Staates, der legitime Proteste gewaltsam unterdrückt.

Doch Gewaltexzesse finden auf allen Seiten statt. Kriminelle Akteure heizen die Auseinandersetzungen gezielt an und stiften Chaos, um den kolumbianischen Staat zu destabilisieren. Es kommt landesweit zu Plünderungen, massiver Zerstörung öffentlicher Infrastruktur und gezielten Attacken auf die Polizei, die bislang einen getöteten und Hunderte verletzte Beamte verzeichnen musste. Über tausend Busse des öffentlichen

Nahverkehrs, Dutzende von Tankstellen sowie Hunderte von Bankfilialen, Geldautomaten und Geschäften wurden landesweit von gewalttätigen Protestteilnehmern zerstört. Wegen der inzwischen seit über zwei Wochen andauernden Straßenblockaden ist die Versorgung wichtiger Städte mit Nahrungsmitteln, Benzin und Medikamenten eingeschränkt. Mitten in der dritten Pandemiewelle kann der dringend benötigte Sauerstoff nicht an die Krankenhäuser geliefert werden. Kritiker und Befürworter der Proteste überfluten derweil die sozialen Netzwerke mit Handyvideos, um die Gewalt der anderen Seite zu dokumentieren und so die eigene zu rechtfertigen. Manipulierte Videos und Falschmeldungen werden gezielt eingesetzt, um die Gegenseite zu diffamieren und die internationale Berichterstattung zu beeinflussen.

Verhandlungen zwischen Regierung und Streikkomitee sollen nun ein Ende der Gewalt bringen. Da die Proteste längst eine gefährliche Eigendynamik angenommen haben, sind die Erfolgsaussichten unklar. Kolumbien, gemessen an Einwohnerzahl und Wirtschaftskraft, das drittgrößte Land Lateinamerikas und bislang ein verlässlicher, demokratischer Stabilitätsanker in der Region, braucht jetzt die dringende Unterstützung seiner internationalen Partner, um die Welle der Gewalt zu stoppen und einen Weg aus der Krise zu finden.